

Sperrfrist 10h00

Erhebung über kantonale Verwaltungen 2002

### **Politikerdasein lohnt sich in kleinen Kantonen kaum**

Lausanne (sda) Kantonspolitiker sind in der Schweiz nicht auf Rosen gebettet. Wie die Parteien finanziert werden, ist undurchsichtig. Eine direkte - magere - Parteienfinanzierung kennen nur zwei Kantone. Zu diesen Schlüssen gelangt eine Studie.<sup>9</sup>

Die Parteien als wichtigste Akteure im politischen System der Schweiz gehen auf Kantonsebene beinahe leer aus, weist die am Mittwoch veröffentlichte Studie des Instituts für öffentliche Verwaltungswissenschaften (idheap) in Lausanne nach. Einzig die Kantone Genf und Freiburg finanzieren ihre Parteien direkt. 2001 liess Genf 302000 Franken springen, Freiburg 150000.

Finanzierung via Mandatssteuer

Indirekt zahlen indessen auch die übrigen Kantone an die Parteien und zwar über Fraktionsbeiträge. Dies summierte sich 2001 auf drei Millionen Franken. Dies scheint wenig, wurden doch bereits 1997 die Ausgaben der Kantonalparteien auf 18 bis 20 Millionen geschätzt.

Bedeutender als direkte Beiträge an Parteien und Fraktionen sind die Entschädigungen an Regierungsmitglieder und Parlamentsangehörige. Diese Summe ist laut der Studie gesamthaft sechsmal grösser als die direkten und halbdirekten Beiträge. Und von diesen Entschädigungen erheben die Parteien Mandatssteuern. Grosse zahlen besser

Je bevölkerungsreicher der Kanton, desto besser fällt die Entschädigung aus: Diese Faustregel ergab die Studie. Wegen geringer Einwohnerzahl allerdings zahlt Appenzell Innerrhoden mit 18 Franken pro Kopf am meisten fürs Parlament. Seine Parlamentarier erhalten aber nur 120 Franken für einen Sitzungstag und 60 Franken für einen halben.

Recht einträglich hingegen ist ein Mandat etwa in Genf und im Tessin mit einer Stundenentschädigung von 100 Franken. In der Regel entfallen auf den Sitzungstag 300 und auf den halben Tag 150 Franken Sitzungsgeld.

Mit 200 Franken pro halben Sitzungstag und 4000 Franken

Jahrespauschale lohnt sich ein Mandat in Zürich

überdurchschnittlich. Magere Sitzungsgelder zahlt dagegen Uri mit 105 Franken im Tag. Dazu kommen überall Spesenentschädigungen. Einige Kantone entschädigen pauschal.

Im Jahr 2001 ermittelte die Studie eine Spannbreite der Jahresentschädigung von 1300 Franken im Kanton Appenzell Ausserrhoden bis 27000 Franken in Genf pro Mandat.

Besonders grosszügig zeigten sich die lateinischen Kantone. Die Arbeitsbelastung relativiere das aber, heisst es in der Studie.

Allein im Ratsplenum variierte die Sitzungsdauer 2001 zwischen 260 Stunden im Tessin und 23 Stunden in Appenzell Innerrhoden.

Zürcher Regierung als Spitzenverdiener

Als Regierungsrat lebt sich in grossen Kantonen vorab der Deutschschweiz am besten. Obwohl einige Kantone (AI, NW, OW, UR und teilweise Schwyz) ihre Regierungsräte nicht im Vollamt anstellen, entspricht die Entschädigung in etwa einem solchen. Der Zahltag bewegt sich überall im Rahmen von anderen kantonale Spitzenstellen oder darüber.

2001 verdienten Regierungsräte im Durchschnitt 232000 Franken im Jahr. In Innerrhoden waren es 135000, im Kanton Zürich 335000 Franken.